



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11030 Berlin

Herrn
Univ. Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum: Berlin, 04.07.2013
Seite 1 von 1

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage Nr. 363/Juni:

Wie sieht die Bundesregierung zum Gesetzesantrag der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (BR-Drs. 312/13) zur Fortführung des GVFG-Bundesprogramms?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat am 12. Juni 2013 den Gesetzentwurf des Bundesrates vom 3. Mai 2013 für ein Gesetz zur Fortführung des GVFG-Bundesprogramms abgelehnt.

Aus Sicht der Bundesregierung ist die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch zukünftig eine wichtige Aufgabe der Daseinsfürsorge.

Die Bundesregierung ist weiterhin bestrebt, in den laufenden Verhandlungen mit den Ländern eine Lösung zur zukünftigen Finanzierung des ÖPNV ab 2019 zu finden.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen


Enak Ferlemann

Enak Ferlemann, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10116 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250
FAX +49 (0)30 18-300-2269

pets-f@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de

